

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

24.06.2022

Inhalt

EWN

1 Die Atommeiler von Lubmin <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 24.06.2022</i>	3
2 Gas-Notfallplan: Krisenstab in MV <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 24.06.2022</i>	6
3 Putins heiße Drähte in die deutsche Atomwirtschaft <i>Leipziger Volkszeitung Stadt Leipzig, 24.06.2022</i>	7

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 24.06.2022 | S. 10

 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

 Reinhard Amler

UNTERNEHMEN

Die Atommeiler von Lubmin

Erst Vorzeigebjekt des Sozialismus, wurde das Kernkraftwerk nach der Wende nicht mehr gebraucht. Heute liefert der Betrieb wertvolles Know-how für den Rückbau von Nuklearanlagen.

Dass Stefan Barthel ein Sachse ist, kann der 79-Jährige nicht verleugnen. Obwohl er schon fast 50 Jahre an der Küste lebt, hört man es einfach, wenn man sich mit ihm unterhält. Der gebürtige Chemnitzer kam 1974 als junger Diplom-Ingenieur nach Lubmin. Denn hier entstand etwas ganz Besonderes für die damalige DDR: ein großes Kernkraftwerk sowjetischer Bauart.

Zunächst wurden Block 1 bis 4 mit jeweils 440 Megawatt errichtet. Sie erzeugten auch Strom. Später sollten die Blöcke 5 bis 8 mit weitaus höherem Sicherheitskonzept dazukommen. Diese lieferten aber keine Energie mehr, denn 1990 war - kurz nach der Wende - der Traum vom größten DDR-Kernkraftwerk ausgeträumt.

Das KKW „Bruno Leuschner“, wie es damals hieß, wurde vom Netz genommen. Fünf Jahre später begann der Rückbau.

Am 17. Dezember 1973, ein Jahr bevor Stefan Barthel nach Lubmin kam, war dort aber ein großer Tag. Block 1 wurde in Betrieb genommen. Kein Geringerer als der damalige DDR-Staatsratsvorsitzende Willi Stoph war aus diesem Anlass gekommen, gemeinsam mit einer sowjetischen Regierungsdelegation.

Die OSTSEE-ZEITUNG titelte seinerzeit, dass die Inbetriebnahme „ein Beispiel der sozialistischen ökonomischen Integration ist“. Und das war es ja wohl auch. Denn das Kernkraftwerk wurde komplett mit sowjetischer Technik gebaut. Über all die Jahre gab es einen engen Austausch mit den Spezialisten aus dem damaligen Bruderland. In Spitzenzeiten sicherte das KKW Nord mit seinen Blöcken 1 bis 4 dann immerhin zehn Prozent des gesamten Stromaufkommens der DDR ab. „Das war damals alles sehr aufregend“, blickt Stefan Barthel auf die Zeit zurück, als er in Lubmin anfangen zu arbeiten.

Bevor er dorthin kam, hatte der gelernte Schaltanlagenmonteur nach einem Fachschulstudium zum Kraftwerksingenieur und einem Fernstudium an der TU Dresden durchweg in der Energiewirtschaft - in Kraftwerken, wie er erzählt - gearbeitet. Und dennoch galt auch für ihn, weiter zu lernen, um sich zum Beispiel im Strahlenschutz und der Kernphysik Grundkenntnisse anzueignen. Auch ein Russisch-Intensivkurs über fünf Monate stand an.

Im September 1975 wurde Barthel drei Wochen nach Slawiansk geschickt. Der Ort befindet sich in der Ukraine, in der Nähe von Luhansk, jener Stadt, die heute weltweit zum Inbegriff für Krieg und Tod geworden ist. „Es ist schlimm und unvorstellbar, was dort geschieht“, sagt Barthel. Damals war er tief beeindruckt von jenem Ölkraftwerk, in dem er zu tun hatte. „800-Megawatt-Blöcke standen dort“, erinnert er sich. So etwas hatte er vorher noch nie gesehen. „Es war der Wahnsinn“, schwärmt Barthel noch heute.

Beeindruckt war er auch von der Gastfreundschaft. „Alle waren nett und freundlich, Ukrainer wie Russen. Es gab keinen Unterschied.“ Und das hört er auch immer wieder von seinen **EWN**-Senioren, dessen Sprecher Stefan Barthel heute ist. Wenn sie sich treffen - und das tun die über 70 Frauen und Männer regelmäßig -, dann wird natürlich auch über den Krieg in der Ukraine gesprochen.

Zwischen 1975 und 1990 war Stefan Barthel in der Instandhaltung als Koordinator für die Revisionen und später auch für die gesamte Instandhaltung zuständig. Der Job füllte ihn aus, wie er sagt. Bis 2006 hat er im Kernkraftwerk Lubmin, das ab 1990 Energiewerke Nord und seit 2017 Entsorgungswerke für Nuklearanlagen (**EWN**) heißt, gearbeitet. Dann ging er in den Ruhestand.

Barthel war also noch am Rückbau der Blöcke beteiligt. Sogar in leitender Position im sogenannten Demontage-Service, wie er berichtet. So nannte sich jene Truppe, die zuständig war für alle Hilfsleistungen bei und nach der Demontage der Blöcke 1 bis 5. Auch die Verpackung der Kernbrennstäbe in Castoren gehörte dazu. Diese lagern heute im Zwischenlager Nord (ZLN) in Lubmin. Es wurde nach der Abschaltung des KKW auf dem Gelände errichtet.

Die Brennstäbe sollen später in ein Endlager. Aber das existiert ja noch nicht und wird sicher nach dem geltenden Endlagersuchgesetz noch Jahre auf sich warten lassen.

Schaut Barthel heute zurück auf die Geschichte des Industriestandortes Lubmin, war natürlich das Jahr 1990 die größte Zäsur. Damals wurden die Blöcke 1 bis 4 schrittweise runtergefahren, bis die Fernwärmeversorgung von Greifswald, die ja aus dem KKW kam, über neue Ölheizwerke gesichert werden konnte.

Block 5, der bereits im Probetrieb war, ging nach vorgeschriebenen Zwischenprüfungen nicht wieder ans Netz. Egal mit wem man heute spricht von den ehemaligen Kollegen, alle sagen, es sei eine politische Entscheidung gewesen. „Der Westen brauchte und wollte uns nicht“.

Auch Jörg Meyer vertritt diesen Standpunkt. Er ist Stilllegungsverantwortlicher in der Maschinentechnik. Im Jahr 1980 begann er seine Lehre im damaligen KKW. Seiner Meinung nach hätten die damals neu gebauten Blöcke 5 bis 8 alle ans Netz gehen können. Schließlich verfügten sie über ein weit höheres Sicherheitskonzept als die Blöcke 1 bis 4. Gleichartige Kernkraftwerksblöcke seien noch heute in der Slowakei, in Tschechien, Ungarn und Bulgarien in Betrieb, sagt er.

Ein Bericht im „Spiegel“ hatte 1990 die Diskussion über das KKW Lubmin ins Rollen gebracht. In dem Beitrag war von einer Zeitbombe die Rede, die hier tickte. Wochen später kam dann der Entscheid zur Stilllegung der Blöcke 1 bis 4. Im Herbst folgte das Aus für Block 5.

Es fand sich kein westdeutsches Unternehmen, das bereit war, das Kosten- und Genehmigungsrisiko für diesen und die folgenden Blöcke zu übernehmen, um sie auf ein dem westdeutschen Atomgesetz entsprechendes Sicherheitsniveau zu bringen. Allerdings führte Siemens in den anderen osteuropäischen Kernkraftwerken entsprechende Nachrüstungen durch.

Für die damals im KKW „Bruno Leuschner“ beschäftigten 4700 Mitarbeiter war das ein herber Schlag. Und nicht nur für sie. Auf der „Großbaustelle der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“, wie das gesamte Bauvor-

haben damals hieß, waren weitere über 7000 Mitarbeiter beschäftigt. Viele wurden arbeitslos. Andere gingen in den Westen.

Manch einer machte sich selbstständig, wie Stefan Barthel berichtet. So auch sein damaliger Stellvertreter, Gerold Jürgens, der zusammen mit seinem Kollegen Edwin Engelmann heute ein Bauunternehmen betreibt und den Unternehmerverband Vorpommern leitet. „Auch ich hätte in den Westen gehen können“, erklärt Barthel. „Für sehr gutes Geld“, fügt er schmunzelnd hinzu.

Aber er wollte nicht. Zu groß waren die Bindungen an Greifswald und die Familie. Vor allem an den Sport, den er mit Leidenschaft hier betrieb. Zunächst bei der BSG (Betriebssportgemeinschaft) Kernkraftwerk, später dann beim Nachfolger, dem Greifswalder SC. Hier übernahm er nach der Wende die Verantwortung für die Leichtathleten. Denn wenn irgendwo gelaufen wurde, war Barthel dabei. Er absolvierte 39 Marathons. Seine Bestzeit war drei Stunden und 2 Minuten. 1995 kam dann Quadrathlon (Triathlon plus Kanu) dazu, erzählt er stolz. Im Quadrathlon holte er zwischen 2003 und 2015 zehn Weltmeistertitel in seiner Altersklasse.

Der Bau des Kernkraftwerkes hat in Greifswald aber nicht nur für eine eigene Betriebssportgemeinschaft gesorgt, aus der sogar eine Fußballmannschaft hervorging, die es bis in die 2. DDR-Liga schaffte. Nachdem 1967 der Geländeaufschluss in der Lubminer Heide begann, wuchs im 30 Kilometer entfernten Greifswald bereits das erste neue Stadtgebiet: Schönwalde I. Es folgten Schönwalde II und das Ostseeviertel. Auch eine Bahnstrecke wurde ausgebaut.

1988 gab es aber auch Investitionen, die heute fast kurios anmuten. Denn es wurden Geschäfte in völlig auffälligen Häusern in der Greifswalder Innenstadt renoviert. Dies war eine von mehreren „Beruhigungspillen“ für aufgebrachte KKWler, denn damals machte ein Brief der Schicht A vom Block 5 Furore bis in höchste Partei- und Regierungskreise.

Das Schichtpersonal hatte es gewagt, die schleppende Montage und Inbetriebsetzung des Blocks 5 und die Versorgungs- und Sozialpolitik der DDR zu kritisieren. Es schrieb unter anderem, dass es ein Unding sei, dass Brötchen und Brot nur Pfennige kosteten, was Bauern dazu anhalte, derart subventionierte Lebensmittel ans Vieh zu verfüttern. Trotz massiven Druckes gelang es nicht, die Verfasser des Briefes zur Rücknahme ihres Schreibens zu bewegen.

Seit März 2017 heißen die ehemaligen Energiewerke Nord nun offiziell „**Entsorgungswerk für Nuklearanlagen**“ (EWN). Der Name steht jetzt für ei-

nen Dienstleistungsbetrieb, der es darauf anlegt, beim Rückbau im KKW Lubmin erlangtes Know-how anderweitig einzusetzen.

So waren in den letzten Jahren schon Abordnungen in den Atomkraftwerken Biblis oder Obrigheim. Auch andere Länder sind mittlerweile am Know-how des **EWN** interessiert. Von 2004 bis 2015 waren Ingenieure aus Lubmin sogar in Russland tätig. Nämlich in der Saldabucht bei Murmansk, um dort aktive Komponenten aus Atom-U-Booten fachgerecht zurückzubauen und für die Langzeitlagerung herzurichten.

„Insgesamt war es eine schöne Zeit im KKW“, resümiert Stefan Barthel. „Sie war aber vor allem während der Revisionszeiten auch oft mit viel Stress verbunden“, fügt er hinzu. „Wir haben aber alle Probleme stets lösen können. Die Kollegialität stimmte einfach. Einer konnte sich auf den anderen verlassen.“

Das zeigte sich vor allem im Extremwinter 1978/79, als Lubmin im Schneechaos versank und keine Züge mehr fahren, erinnert sich Barthel. Damals traten Störungen auf, die zu Leistungsabfall führten. Im Werk wurde aber um jedes Megawatt Strom hart gekämpft.

Gas-Notfallplan: Krisenstab in MV

Experten-Gremium zusammengetrommelt / Wirtschaft begrüßt Reaktivierung von Steinkohlekraftwerken

Nach der drastischen Verringerung der Gaslieferungen durch Russland hat die Bundesregierung die Alarmstufe im Notfallplan Gas ausgerufen. „Gas ist von nun an ein knappes Gut in Deutschland“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) gestern. Die düstere Feststellung hat auch die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern aufgeschreckt. Für heute Vormittag wurde kurzfristig eine außerordentliche Sitzung des Krisenstabs des Landes mit Vertretern aus den Kommunen und Hilfsorganisationen angesetzt.

Die Mitglieder des Krisenstabs sollen, wie eine Sprecherin des Innenministeriums mitteilte, „aus erster Hand direkt von den Kollegen des Wirtschafts- und Energieministeriums über die Inhalte der zweiten Warnstufe des Gas-Notfallplans“ informiert werden.

MV-Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) hatte gestern von einer angespannten Lage bei der Gasversorgung gesprochen. „Alle Maßnahmen, die getroffen werden, dienen dazu, dass wir uns auf den Winter bestmöglich vorbereiten. Die Gasspeicher müssen volllaufen“, so Meyer.

Aktuell gibt es keinen Mangel

Derzeit ist die Versorgungssicherheit laut Meyer im Land weiter gewährleistet. „Es gibt aktuell keine Gas-mangellage“, betonte der Minister. Aber der Winter werde kommen, so hatte es Robert Habeck ausgedrückt und dazu aufgerufen, Gas zu sparen. Grund für die Alarmstufe sind neben der Kürzung der Gaslieferungen auch die hohen Preise auf dem Markt. Die deutschen Speicher seien zwar zu 58 Prozent gefüllt. „Doch sollten die russischen Gaslieferungen über die Nord-Stream-1-Leitung weiterhin auf dem niedrigen Niveau von 40 Prozent verharren, ist ein Speicherstand von 90 Prozent bis Dezember kaum mehr ohne zusätzliche Maßnahmen erreichbar“, hatte das Bundeswirt-

schaftsministerium gestern erklärt.

Private Gasverbraucher müssen nach Einschätzung der Verbraucherzentrale in MV zumindest nicht unmittelbar befürchten, dass die Versorger die Lieferverträge kündigen und höhere Preise verlangen. „Die Versorger können noch keine Preiserhöhung nach dem Energiesicherungsgesetz durchdrücken. Dazu wäre noch ein gesonderter Schritt notwendig“, erklärte Stephan Tietz. Würde die Regelung aktiviert, könnten die Versorger ihre Mehrkosten innerhalb einer Woche an ihre Kunden weitergeben. Alte Verträge wären damit hinfällig, auch bei einer Preisgarantie.

Experten gehen aber davon aus, dass Verbraucher zu einem späteren Zeitpunkt mit stark steigenden Energiekosten rechnen müssen.

Wer Geld sparen wolle, sollte Gas sparen. Zum Beispiel, indem man kürzer dusche und beim Rasieren oder Zähneputzen nicht das Wasser laufen lasse.

Die Bundesregierung will mit mehreren Maßnahmen gegen die Verschärfung der Gaskrise vorgehen. Unter anderem sollen Reserve-Kohlekraftwerke die Stromerzeugung aus Gaskraftwerken ersetzen. In Rostock soll Mecklenburg-Vorpommerns einziges Steinkohlewerk nach einer regulären Wartung heute wieder hochgefahren werden, wie Wirtschaftsminister Meyer ankündigte. „Kohle bleibt für den Übergang ein wichtiger Energieträger“, so Meyer. Der Minister warb außerdem weiter für Lubmin und Rostock als Standorte für Flüssiggasterminals.

Die Reaktivierung von Kohlekraftwerken zur Stromerzeugung wurde von der Wirtschaft in MV begrüßt. Dadurch könnten womöglich Gaskapazitäten für die industrielle Versorgung frei werden, erklärte der Geschäftsführer der Vereinigung der Unternehmerverbände in MV, Sven Müller.

Leipziger Volkszeitung Stadt Leipzig | 24.06.2022 | S. 7

Auflage: 57.329 | Reichweite: 161.077

Thoralf Cleven

Putins heiße Drähte in die deutsche Atomwirtschaft

Brennstäbe, Reparaturen, Rückbau - wann immer hierzulande Geld in Nukleartechnik fließt, verdient der russische Staatskonzern Rosatom mit.

Berlin Wladimir Putin wird sich königlich amüsieren über die aufbrechende Kernenergie-debatte. Je weiter der russische Präsident den Gashahn zudreht, desto lauter schwillt der Chor derjenigen an, die eine Verlängerung der Laufzeit der drei Atomkraftwerke in Deutschland fordern.

Zuletzt waren dies CDU-Chef Friedrich Merz und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). In Moskau hört man schon die (Kriegs-)Kassen klingeln, denn der 2007 von Putin aus der Taufe gehobene Staatskonzern Rosatom verdient fast überall mit, wenn es um Uran, Brennelemente, Kraftwerksbau oder -rückbau sowie die Entsorgung nuklearen Abfalls geht. 350 Unternehmen gehören weltweit zu Rosatom, darunter die deutsche Firma Nukem Technologies im bayerischen Alzenau.

Durch die 100-prozentige Übernahme von Nukem Technologies im Jahr 2009 verdient Rosatom nicht nur mit der Atommülllagerung, sondern zum Beispiel auch am Rückbau der Atomkraftwerke in Neckarwestheim und Philippsburg. Langjähriger Nukem-Chef ist Thomas Seipolt. Weiterer Geschäftsführer ist seit 2016 Sergey Molodtsov, der zuvor sieben Jahre für die Rosatom-Gruppe tätig war.

Seipolt ist ebenfalls Vorsitzender des Lobbyverbands Kerntechnik Deutschland (KernD), der Ende März angesichts des russischen Kriegs in der Ukraine in einem Brandbrief von Bundeskanzler Olaf Scholz forderte, „jetzt eine Grundsatzentscheidung für einen Weiterbetrieb von Kernkraftwerken zur Energiesicherung“ zu treffen.

Wie unabhängig von russischen Interessen handelt dieser Verband? Und wie abhängig sind Deutschland und Europa schon von russischer Atomtechnik? Stefan Wenzel, Atomexperte der Grünen, warnt: „Wir dürfen uns nicht in die nächste Abhängigkeit drängen lassen, weil wir blind für Fakten sind“, sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Der Vorstandsvorsitzende des Kernenergieverbands ist zugleich Chef

einer deutschen Tochtergesellschaft des russischen Staatskonzerns Rosatom und insofern alles andere als unabhängig. Dieser Interessenkonflikt ist nicht hinnehmbar und muss sofort beendet werden.“

Wenzel sieht in der Atomenergie-debatte „glasklare Interessen“ Russlands. Putin wolle die Abhängigkeit bei der Atomenergie fortsetzen. „Rosatom betreibt Kundenakquise, aber viele Politiker haben die tiefen Verflechtungen Russlands in der europäischen Atomindustrie und unsere Abhängigkeiten von Uran und Brennstoffen noch nicht verstanden.“

Seipolt wehrt sich gegen solche Vorwürfe. „Deutschland verfügt - unabhängig von den Leistungen der Nukem - nach wie vor über alle notwendigen Ressourcen für die in Zukunft überwiegend vom Rückbau bestimmte Nuklearwirtschaft“, sagte er dem RND. „Insofern sind weder russischer Einfluss noch russische Interessen in Deutschland ersichtlich oder bekannt, die ich als CEO der Nukem Technologies Engineering Services GmbH im Verband KernD vertreten könnte.“

Der Manager weist darauf hin, dass im Verband schon aus Gründen der Regeltreue wesentliche Entscheidungen im Vorstand abgestimmt und gemeinsam getroffen würden. „Insofern ist auch hier eine unzulässige Einflussnahme ausgeschlossen.“ Sein Unternehmen, so Seipolt, gehöre zu den Gründungsmitgliedern der Vorgänger des jetzigen Verbands KernD. „Das Engagement der Nukem im Verband ist also sehr viel älter als die Zugehörigkeit zu Rosatom. Auch den Vorsitz des Verbands hatte Nukem bereits vor dem Krieg in der Ukraine inne.“

Tatsächlich bestand nach Stilllegung der ostdeutschen AKW in Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern) und Rheinsberg (Brandenburg) keine Abhängigkeit deutscher Kernkraftwerke von russischem Brennstoff. Im europäischen Maßstab sieht dies allerdings anders aus: Die Abhängigkeit von Russland in Sachen Atomenergie ist immens.

Die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) listete zuletzt auf, dass rund 20 Prozent des in Brennelementen eingesetzten Urans aus Russland und etwa 19 Prozent aus dem verbündeten Kasachstan stammen. Experten wie Volker Quaschnig, Professor für Regenerative Energiesysteme an der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft, warnen vor einer noch größeren Abhängigkeit als beim Gas.

Laut Euratom sind viele mittel- und osteuropäische Länder nicht allein von russischem Uran, sondern auch von russischer Nukleartechnik abhängig. So gibt

es in EU-Ländern 18 russische Kernreaktoren: zwei in Bulgarien, sechs in Tschechien, zwei in Finnland, vier in Ungarn und vier in der Slowakei. Derzeit baut Rosatom neue Meiler in Ungarn.

Was Euratom besonders besorgt, ist, dass deren Druckwasserreaktoren regelmäßig gewechselt werden müssen. Pferdefuß: Sie laufen nur mit den sechseckigen Brennstäben russischer Bauart. Westliche Hersteller besitzen kaum Erfahrung damit, darum seien AKW-Betreiber an Russland gekettet, wenn sie ihren Betrieb stabil halten wollen.